

Thomas Kleineidam

tischem Bezirksamt bzw. Proporzbezirksamt ausführlich diskutiert. Ich gestehe, ich habe mich vor der heutigen Debatte – und nachdem ich gehört habe, die Grünen melden es als Priorität an –

[Ramona Pop (Grüne): Gefürchtet!]

gefragt, was wir an neuen Aspekten diskutieren wollen. Seinerzeit, als Sie Ihr Antragspaket eingebracht haben, sind die Argumente ausgetauscht worden.

[Michael Schäfer (Grüne):

Sie haben Ihre Meinung geändert!]

– Nein! – Wir haben in Berlin seit 1920, seit dem Gesetz über Groß-Berlin, immer wieder die Diskussion gehabt, wie die Konstruktion der Berliner Bezirke sein sollte. Ich behaupte: Es gibt kein absolut richtig oder falsch, weil die Berliner Bezirke eine Art Zwitterstellung zwischen echter Kommune und Teil der Verwaltung haben. Deshalb – und das gestehe ich Ihnen gern zu – gibt es auch gute Argumente für ein politisches Bezirksamt. Aber es gibt auch gute Argumente für das Proporzbezirksamt.

Meine Partei hat noch einmal einen sehr langen und intensiven Diskussionskurs durchlaufen, um die Argumente abzuwägen. Wir haben uns – das wissen Sie, das war öffentlich auf einem Landesparteitag – mit einer relativ knappen Mehrheit, aber einer Mehrheit dafür ausgesprochen, dass wir das Proporzbezirksamt fortsetzen wollen. Dass die Grünen jetzt sagen, das Motiv für eine solche an Sachargumenten abgewogene Entscheidung könne nur Gier nach Macht und Posten sein, sagt vielleicht mehr über die eigene politische Motivation als über die der anderen, denen sie das unterstellen. Da sollten Sie mal über sich selber nachdenken.

[Beifall bei der SPD –

Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion –
Beifall von Uwe Goetze (CDU)]

Dass man das dann als unrühmlichen Schlusspunkt einer Diskussion bewertet, weil man sich mit den eigenen Positionen nicht durchsetzen konnte, spricht auch eher für Ihr Demokratieverständnis als gegen unseren Antrag.

[Dr. Klaus Lederer (Linksfraktion): Typisch Grün!

Ramona Pop (Grüne): Ihr seid doch umgefallen! –

Dr. Klaus Lederer (Linksfraktion): Moorburg!]

Wir werden mit dem Antrag für Rechtsklarheit ab dem 1. Januar nächsten Jahres sorgen, denn ab diesem Zeitpunkt ist die Rechtslage ungeklärt. Deshalb hoffe ich, dass wir es in diesem Haus gemeinsam hinbekommen, die Beratungen zu diesem Antrag zügig durchzuführen.

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Herr Kollege! Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Lux?

Thomas Kleineidam (SPD):

Ja, bitte sehr!

Benedikt Lux (Grüne):

Danke schön, Herr Präsident! – Herr Kleineidam! Könnten sie noch etwas zu der Aussage des Kollegen Birk sagen, dass es nicht erforderlich ist, das politische Bezirksamt in der Verfassung auszuschließen? Könnte man sich nicht so weit einigen, dass man das wie 1972 – oder wann das war – in der Verfassung offenlässt und dann, wenn man Ihrem Anliegen schon nachkommen muss, das einfach-gesetzlich festlegt, um in Zukunft bei der Gestaltung der politischen Bezirksamter und der Bezirke, deren Zwitterstellung Sie zu Recht herausgehoben haben, mit einfachen gesetzlichen Mehrheiten zu Veränderungen zu kommen?

Thomas Kleineidam (SPD):

Herr Kollege Lux! Ich habe große Zweifel, ob es Sinn machen würde, diese Diskussion permanent weiterzuführen. Uns ist daran gelegen, Rechtssicherheit herzustellen, und ich denke, das tun wir mit dem Antrag.

[Beifall bei der SPD –

Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion]

Damit habe ich die wesentlichen Punkte genannt. Ich will nicht das wiederholen, was ich vor fünf Sitzungen schon einmal gesagt habe. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Kollege Rissmann hat das Wort für die CDU-Fraktion. – Bitte!

Sven Rissmann (CDU):

Herr Präsident! Verehrte Damen! Meine Herren! Meine Fraktion spricht sich mit den vorliegenden Anträgen für die Beibehaltung der bisherigen Regelung zur Bildung der Bezirksamter aus und möchte dafür heute die verfassungsrechtliche und auch die einfach-gesetzliche Grundlage schaffen. Kollege Birk hat darauf hingewiesen, dass meine Fraktion dies schon seit langem wollte, und insofern hoffe ich darauf, dass Sie meinen in Ruhe vorzutragenden sachlichen Argumenten, die für die Beibehaltung des proportionalen Bezirksamtes sprechen, Ihre Aufmerksamkeit schenken.

Zunächst hilft ein Blick auf die Rechtsnatur unserer Berliner Bezirke. Diese sind Selbstverwaltungseinheiten Berlins, allerdings ohne eigene Rechtspersönlichkeit, was – wie Sie wissen – dem Stadtstaatenstatus Berlins und dem damit einhergehenden zweistufigen Verwaltungsaufbau – eingeteilt in Haupt- und Bezirksverwaltung – geschuldet ist. Deshalb können die Berliner Bezirke nicht als Gemeinden angesehen werden, denn ihnen fehlt die Rechtsfähigkeit und der Körperschaftsstatus. Wir haben in Berlin keine kommunale Selbstverwaltung, sondern

Sven Rissmann

eine Beteiligung der Berliner Bezirke an der Verwaltung nach den Grundsätzen der kommunalen Selbstverwaltung.

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Herr Rissmann! Darf ich Sie kurz unterbrechen? – Sie sind von der Lautstärke her nicht immer zu verstehen. Vielleicht können Sie das Podium etwas höher stellen.

Sven Rissmann (CDU):

Danke für den Hinweis, Herr Präsident! – Also zum Ergebnis: Wir haben folgende Ausgangslage: Die Rechtsnatur unserer Bezirke besteht darin, dass wir nur eine kommunalähnliche Selbstverwaltung haben. Daraus folgt auch, dass wir im Unterschied zu vielen Flächenstaaten keine Bezirksregierungen haben, sondern ausschließlich Bezirksverwaltungen.

Vor diesem Hintergrund scheint es sachgerecht, alle maßgeblichen politischen Kräfte auf kommunaler Ebene wie bisher nach dem D'Hondt-Verfahren an der Verwaltung des Bezirkes zu beteiligen. Wenn man ein politisches Bezirksamt will – und darüber kann man selbstverständlich reden –, müsste man in einem ersten Schritt den Berliner Verwaltungsaufbau ändern. Man müsste die Bezirke erheblich stärken und sie unabhängiger von der Hauptverwaltung machen. Man müsste also zunächst tatsächlich eine kommunale Selbstverwaltung einführen. Dies kann man wollen. Auch ich wäre dafür offen, dieses zu diskutieren. Solange aber dieser erste Schritt nicht getan ist, kann man nicht den zweiten Schritt gehen und das politische Bezirksamt einführen.

Ein weiterer Punkt, der für die Beibehaltung des bisherigen D'Hondt-Verfahrens bei der Bezirksamtsbildung spricht, ist – wie es auch in der Begründung des Antrags zum Ausdruck kommt – der positive Erfahrungswert. Die Einbeziehung aller maßgeblichen politischen Kräfte hat sich grundsätzlich bewährt, und insofern müsste es starke Argumente geben, die für ein politisches Bezirksamt sprechen. Die habe ich aber bisher nicht gehört.

[Beifall bei der CDU]

Schließlich sollten wir uns die politische Realität in unseren Bezirken vor Augen führen. Gerade auf bezirklicher Ebene hat der Dienst am Bürger – die Bürgerfreundlichkeit und die Bürgernähe – im Vordergrund zu stehen. Die bezirkliche Verwaltung ist oft der erste und sicherlich auch der häufigste Anlaufpunkt für die Berliner. Eine Einbindung aller maßgeblichen politischen Kräfte in die Bildung des Bezirksamtes kann damit sicher helfen – gerade durch den damit verbundenen Zwang zur Zusammenarbeit –, dieses Ziel besser zu erreichen. Auch aus meiner eigenen persönlichen Erfahrung in zehn Jahren Kommunalpolitik als Bürgerdeputierter und Bezirksverordneter kann ich sagen, dass eine unnötige Aufteilung der bezirklichen Verwaltung in Regierung und Opposition sicherlich nicht helfen würde, die in unseren Bezirken doch bisher – Gott sei Dank! – öfter gemeinsam fraktionsübergreifend in den Griff genommenen Probleme

sachlich zu lösen. Unabhängig davon wäre es, wie gesagt, auch systemfremd. Das hatte ich eingangs dargelegt.

Abschließend möchte ich festhalten: Auf unserer bezirklichen Ebene gibt es heute schon kaum noch Spielräume. Der absolute Großteil der Verwendung der bezirklichen Mittel ist sowieso vorgegeben. Freiräume für eine effektive politische Schwerpunktsetzung sind eigentlich gar nicht und wenn überhaupt, dann nur kaum vorhanden. Wenn man das sieht, sollte man daran auch ablesen können, dass das gemeinsame Verwalten des Bezirkes im Vordergrund steht – und eben nicht das Regieren nur eines Teils der politischen Kräfte auf kommunaler Ebene. Nach all dem bleibt für mich und meine Fraktion festzuhalten, dass wir uns auch aus diesen Gründen für die Beibehaltung des Proporzbezirksamtes aussprechen müssen.

[Beifall bei der CDU]

Vereinzelter Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank! – Das Wort für die Fraktion Die Linke hat Herr Dr. Lederer.

Dr. Klaus Lederer (Linksfraktion):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dass hier irgendetwas klammheimlich und in Windeseile durch das Parlament gepeitscht wird – da sind schon die Grünen davor, die mit lautstarkem Flügelgefalter und Gejammer dafür sorgen werden, dass die halbe Welt, auch die, die es nicht interessiert, von diesen skandalösen Vorgängen wie einer Verfassungsänderung und einem Antrag zur Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes erfahren wird.

Wir haben am 25. Juni – mein Kollege Kleineidam hat schon darauf hingewiesen – den gesamten Vorgang schon einmal in aller Ausführlichkeit im Parlament diskutiert. Damals hat der Kollege Birk auch schon mal die Fahne der Demokratie hochhalten und so tun können, als würden hier Menschenrechtsverletzungen begangen, nur weil man zur Frage, ob das politische oder das Proporzbezirksamt die sinnvolle Variante der Organisation der Exekutivspitzen in den Bezirken ist, eine andere Auffassung gewonnen hat.

Die Sachlage ist relativ übersichtlich. Wir haben ab 1. Januar 2010 keine Regelung zur Bildung der Bezirksämter mehr. Wir brauchen also eine neue. Dazu muss man auf jeden Fall das Bezirksverwaltungsgesetz ändern, möglicherweise auch die Verfassung. Ich hatte gehört, es seien gerade Signale aus der Grünen-Fraktion gewesen, die die Legitimität einer reinen Gesetzesänderung bestritten haben. Gerade deswegen haben wir gesagt, dann gehen wir lieber auf Nummer sicher und schreiben es in die Verfassung. Umso erstaunlich, dass die Grünen jetzt sagen: Das hättet ihr nie machen müssen!

[Vereinzelter Beifall bei der SPD]